

Ostern, als die Bomben fielen

(zum Kosovo-Krieg)

Von: Ludger Volmer, Berlin, März 2009

Zehn Tage vor Ostern fielen die ersten Bomben. Der Kosovo-Krieg hatte begonnen! März 1999: Der erste Krieg mit deutscher Beteiligung seit dem Zweiten Weltkrieg. Unterstützt von Rot-Grün. Wenige Wochen nach der Bundestagswahl, als eine Mehrheit links von der Mitte hoffte, nach 16 Jahren konservativen Regierens würde Vieles besser auf der Welt. Im Inneren wartete ein enormer Reformstau auf eine beherzte Politik. Im internationalen Bereich sollte die Re-Militarisierung der Außenpolitik, die wir zu Oppositionszeiten Helmut Kohl und seinem Verteidigungsminister Volker Rühe vorgeworfen hatten, gestoppt werden. Zivile Konfliktbearbeitung sollte eine militärisch verengte Sicherheitspolitik zurückdrängen. Doch nun, quasi als Entree der Rot-Grünen in der internationalen Politik, warf die Nato mit deutscher Beteiligung Bomben auf Serbien. Erst auf militärische Ziele, dann auf die Infrastruktur, dann auf die chinesische Botschaft, dann auf Zivilisten...

Hatten wir Grünen versagt? Hatten wir unsere Prinzipien verraten? Viele unserer bisherigen Anhänger dachten so und kehrten uns den Rücken. Aber hatten wir wirklich eine Chance besessen, diesen Krieg zu verhindern? Haben wir nicht, angesichts der Situation, die praktisch klügste Politik gemacht?

Wie ein Damoklesschwert hing schon während der Koalitionsverhandlungen im Oktober 1998 ein drohender Kosovo-Krieg über uns. Als Günter Verheugen und ich die Verhandlungen zur Außenpolitik führten, fanden wir schnell einen gemeinsamen Nenner. An der Außenpolitik würde Rot-Grün nicht scheitern. Skeptiker hatten diese Koalition ja für unmöglich gehalten, weil mit den Grünen kein Staat zu machen sei. Wir wussten nun, dass Koalitionsprobleme nicht in unserem Bereich lagen, zumindest nicht programmatisch, nicht auf dem Papier. Aber wir spürten auch, dass sehr schnell die Geschichte über uns hin-

weg rollen könnte. Jugoslawien zerfiel seit Beginn des Jahrzehnts in blutigen Kriegen. Die Lage in Bosnien-Herzegowina war auch nach dem Vertrag von Dayton noch nicht wirklich unter Kontrolle, und im Kosovo braute sich etwas zusammen.

Kurz nach der gewonnenen Bundestagswahl reiste am 8./9. Oktober 1998 der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder, begleitet vom designierten Außenminister Joschka Fischer und den beiden zukünftigen Staatsministern Günter Verheugen und mir, nach Washington zum Antrittsbesuch im Weißen Haus. Noch hatte das Kabinett Kohl offiziell die Staatsgewalt inne. Kanzler Kohl hatte sich einige Wochen zuvor hinter die Drohpolitik der Amerikaner gestellt, die der Regierung Milosevic in Belgrad ultimativ Luftschläge angedroht hatte für den Fall, dass die Drangsalierung und gewaltsame Vertreibung der Kosovo-Albaner aus ihrer Heimat nicht gestoppt würde. Die Nato war in Bereitschaft. Für sie galt die ‚Activation Order‘, kurz ActOrd, die ausgelöst würde, sobald die Nato-Führung das Kommando gab. Diese Order galt für alle Nato-Staaten, auch – wie Verteidigungsminister Rühle nicht müde wurde zu betonen - für den deutschen, der in wenigen Wochen rot-grün regiert sein sollte. Vorausgesetzt der Bundestag würde sie billigen. Belgrad zündelte weiter. Die Lunte brannte...

Konnte die neue rot-grüne Mehrheit die Vorentscheidung der Regierung Kohl/Kinkel noch beeinflussen? Wollte sie das überhaupt angesichts der völkermörderischen Politik der Serben im Kosovo? Vertreter pazifistischer Zurückhaltung und humanitärer Intervention stritten seit Jahren in beiden Koalitionsparteien, besonders heftig bei den Grünen, um Gesinnung und Verantwortung. Diese Grundsatzfrage war unter Rot-Grün noch nicht geklärt. Eine abstrakte Diskussion hätte die neue Koalition zerrissen, kaum dass sie gebildet war. Und das nach 16 Jahren Helmut Kohl, als sich selbst liberal-konservative Kräfte in Schröders Neue Mitte eingereiht hatten, um den Reformstau endlich aufzulösen. Wir konnten die Hoffnungen der neuen gesellschaftlichen Mehrheit, für die wir jahrelang gekämpft hatten, nicht dadurch zerstören, dass wir angesichts einer eskalieren-

den außenpolitischen Situation wieder auseinander stoben. Zumal der Bevölkerung die Dramatik gar nicht bewusst war. Rot-Grün gewogen – und zu leicht befunden? Es wäre mit diesem Projekt - mit der grünen Partei wohl auch - ein für alle mal vorbei gewesen: vor der Verantwortung davon gelaufen, vor der Geschichte versagt. Interessant, wie einig Fischer und ich uns plötzlich in dieser Frage waren, die wir uns ein Jahrzehnt als Antipoden in der Partei gegenüber gestanden und manch überhitzten Streit geliefert hatten, er als Leitfigur der gemäßigten Realo-Strömung, ich als Leitfigur des linken Flügels.

Das Interregnum, die verfassungspolitische Übergangssituation, in der wir uns befanden, schien ein Hintertürchen zu eröffnen. Die alte Regierung abgewählt, die neue noch nicht im Amt – wer hatte eigentlich politisch zu entscheiden? Konnte die alte Regierung, gestützt auf die abgewählte Bundestagsmehrheit die neue Regierung in einer entscheidenden Frage binden? Formal ja, aber politisch? Im Flugzeug über dem Nordatlantik wurde überlegt. War es nicht eine gute Idee, den Amerikanern zu sagen: „Wegen der ungeklärten Lage bei uns reden wir den Nato-Strategen nicht hinein. Aber bitte habt Verständnis dafür, dass wir uns ganz aus dem Konflikt heraushalten.“ Im Klartext: ActOrd mag gelten, aber wir Deutschen bleiben außen vor. Der mitreisende amerikanische Botschafter John Kornblum hielt dies für denkbar.

Washington. Weißes Haus. Händeschütteln mit dem Präsidenten. Ein stilvoller Lunch, bei dem Bill Clinton mit einer Analyse der Weltlage brillierte. Ein längeres Vier-Augen-Gespräch zwischen Clinton und Schröder. Der Kanzler in spe gab danach keine Einzelheiten preis, aber vermittelte den Eindruck, Clinton habe Verständnis für die deutsche Unentschiedenheit. Würden wir mit einem blauen Auge davon kommen? Intellektuell und charakterlich unbefriedigend, weil die Berufung auf das Interregnum offensichtlich ein Trick war, aber politisch für die beginnende Koalition vielleicht überlebenswichtig.

Kaum in Deutschland zurück, zirkulierte die Nachricht, die Amerikaner bestünden auf einer klaren Entscheidung! Jetzt doch! Irgendwer hatte in Washington angerufen und klargemacht, die Nato ohne die Deutschen, das ginge nicht. Und so billig dürfe man Rot-Grün nicht davon kommen lassen. Das zumindest war die Informations- oder sagen wir mit dem heutigen Wissen: Gerüchtelage. Heute, nach dem Studium von Schröders Memoiren, offenbart sich eine andere Wahrheit.¹

Demnach hat sich Schröder unmittelbar nach der Wahl und vor der Washington-Reise seinem Vorgänger Kohl gegenüber festgelegt auf eine „begrenzte Teilnahme an einer militärischen Intervention.“ Sein Parteivorsitzender Oskar Lafontaine war dabei wie auch – Joschka. Mir, wie wohl den meisten anderen, die die Koalition trugen, ist diese Offenbarung neu. Wie auch die Darlegung, Schröder habe sich in diesem Sinne bei dem besagten Gespräch Clinton gegenüber erklärt, worüber er und Fischer bei den Koalitionsgesprächen berichtet hätten. Auch das ist mir neu, obwohl ich in der grünen Verhandlungskommission für Außenpolitik zuständig war. Ich erinnere mich weder an einen solchen Bericht, noch an entsprechende grüninterne Unterrichtungen durch Fischer. Sondern daran, dass das Gerücht vom Anruf in Washington (Die Hardthöhe? Deutsche Militärs im Nato-Stab? Ruhe selber?) kräftig genährt wurde. Für den objektiven Gang der Dinge ist dieser Umstand unerheblich, nicht aber für die Frage, wer wen politisch funktionalisiert hat und wo in dem erbitterten Ringen um die richtige Politik gegenüber dem Kosovo die Wahrhaftigkeit liegt.

Wie auch immer, der Bundestag musste nun entscheiden! Kohl, Schröder, Lafontaine und Fischer hatten sich im kleinsten Kreis auf die gemeinsame Unterstützung der Nato-Politik verständigt. Noch bevor die neue Regierung die Amtsgewalt übernahm, trat der alte Bundestag zur Entscheidung zusammen. Die Haltung der SPD war fast geschlossen pro Militärintervention. Die Grünen waren gespalten. Für die Mehrheitsbildung war das nicht relevant, denn es galt noch die alte schwarz-gelbe Übermacht, die zudem auf SPD-Stimmen rechnen konnte. Aber als Signal

für die zukünftige Regierung war die Stimmung in den alten Fraktionen der neuen Mehrheit bedeutsam.

Jahrelang hatten die Grünen vehement über die Haltung zu den Balkankrisen gestritten. Radikale Pazifisten auf der einen Seite, die nie und unter keinen Umständen Waffengewalt erlauben wollten. Auf der anderen Seite Pragmatiker, die, über die sich einschleichende Denkfigur der humanitären Intervention hinaus, sich den Mustern der traditionellen Sicherheitspolitik näherten. Für sie stand Joschka Fischer. Dazwischen die Position des politischen Pazifismus, der Militäraktionen nicht zustimmen wollte, solange nicht alle zivilen Mittel der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ausgereizt und die Sicherheitsorganisationen entsprechend umgebaut waren. Dafür stand ich.

Nach dem Massaker von Srebrenica hatten sich Joschkas und meine Position angenähert. Für das Wahlprogramm 1998 hatten wir eine Formel gefunden, mit der alle gut leben konnten. So meinten wir. Das sicherheitspolitische Primat lag demnach bei der zivilen Krisenprävention. Nur wenn diese ernsthaft versucht worden und dennoch gescheitert war, sollte ein Nachdenken über begrenzte militärische Konsequenzen möglich sein. Das war eine klare Abgrenzung gegen die konservative Rede von der „ultima ratio“ militärischen Eingreifens. Denn diese Formel verdeckte, dass über die „ersten“ Mittel in der traditionellen Sicherheitspolitik nicht nachgedacht und das „letzte“ somit zum einzigen wurde.

Die grüne Basis aber stimmte den Kompromiss zwischen Joschka und uns pragmatischen Linken auf Betreiben von Reinhard Bütikofer, der sich profilieren musste, mit einer Stimme Mehrheit nieder und formulierte den pazifistischen Anspruch etwas radikaler. Dennoch: die grüne Programmlage lehnte Militärinterventionen nicht mehr rigoros ab; sie sagte „nein“, konditionierte die Ablehnung aber. Die auflösende Bedingung war das Scheitern aller ernsthaften zivilen Bemühungen und ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates. In einem solchen Fall wäre dennoch nicht alles klar für die Grünen, es würde absehbar

strittige Diskussionen um die politische Bewertung geben. Aber die jetzt anstehende Entscheidung zum Kosovo führte weit über dieses Szenario hinaus. Denn Mindestbedingung für eine Intervention musste nach der Programmlage das Völkerrecht sein. Aber stünde ein Angriff der Nato-Luftwaffen auf Belgrad damit in Einklang?

In der entscheidenden Bundestagsdebatte am 19. Oktober 1998 bekamen die Grünen Zeit für zwei kurze Reden. Fischer erklärte in seiner Rede, der geplante Nato-Einsatz sei völkerrechtlich legal, weil er geltende UNO-Resolutionen durchsetze, die den Rückzug der serbischen Truppen und Milizen aus dem Kosovo forderten. Ich entgegnete, der Einsatz sei ohne ausdrücklichen Beschluss des Sicherheitsrates völkerrechtswidrig und es sei nicht alles versucht worden, im Vorfeld eine Eskalation durch präventive Maßnahmen zu verhindern. Fischer plädierte für Zustimmung zu ActOrd. Ich redete dagegen, plädierte aber für eine Enthaltung der gesamten Fraktion, damit das Desaster auf dem Balkan nun nicht auch noch unsere Partei zerlegte. Die Fraktion votierte in der Mitte gespalten. Kein gutes Omen, uns würden schwierigste Debatten ins Haus stehen. Mit der Bundestagsabstimmung galt ActOrd auch für Deutschland. Es gab kein Entrinnen mehr aus der nun begonnenen Logik.

Auf der Basis der Nato-Drohung erklärte sich der restjugoslawische Präsident Milosević in Verhandlungen mit dem Amerikaner Richard Holbrooke bereit, den Forderungen der einschlägigen UNO-Resolution Folge zu leisten, die serbischjugoslawischen Truppen und die Sonderpolizei aus dem Kosovo abzuziehen und die Heimkehr der Flüchtlinge zuzulassen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sollte mit 2000 Leuten diesen Prozess überwachen.

Uns Grünen kam diese Wendung entgegen. Seit dem Ende des Kalten Krieges hatten wir propagiert, die OSZE anstelle der Nato zur zentralen sicherheitspolitischen Organisation auszubauen. Endlich war sie an prominenter Stelle im Spiel. Aber konnte sie die Aufgabe ausfüllen? Sie hatte weder Personal,

noch Mittel für dieses Mandat. Manche unkten, Nato-Strategen wollten die OSZE ins Messer laufen lassen, um nachzuweisen, dass nur die Nato fürs Grobe geeignet war.

Schröder wurde zum Kanzler gewählt, Fischer zum Außenminister ernannt, Verheugen und ich zu Staatsministern. Der Winter kam, Schnee legte sich über die Berge des Kosovos, die Kämpfe flauten ab. Würde der Waffenstillstand halten? Oder zwang lediglich der Winter zur Ruhe? Was würde zu Frühlingsanfang geschehen, zur Schneeschmelze? – Es ging schon früher wieder los.

Bereits Anfang 1999 eskalierte die Lage wieder. Die UCK hatte sich als nationale Befreiungsarmee Geltung verschafft, nachdem die höflichen Mahnungen Ibrahim Rugovas, des Friedenskämpfers, der auf Emanzipation bedacht war, aber auch auf Deeskalation, von den Europäern überhört worden waren. Die UCK stichelte und provozierte mit blutigen Anschlägen. Diese anarcho-mafiotischen Rebellen, so befürchteten Beobachter nicht zu Unrecht, wollten einen Krieg provozieren, damit die Nato auf ihrer Seite eingreifen müsse. Die Nato als Luftwaffe der UCK. Die Übergriffe serbischer Einheiten, provoziert wie aus eigenem Antrieb, nahmen an Häufigkeit und Brutalität zu. Die OSZE hatte keine Chance, den Waffenstillstand durchzusetzen. Der Westen stand bald vor der unbequemen Frage, welchen von zwei unakzeptablen Plänen er hinnehmen sollte: die der auf staatliche Unabhängigkeit zielenden UCK oder die serbische Vertreibungspolitik gegen die Albaner? Oder sollte er sich völlig heraushalten, diese schwärende Wunde im europäischen Körper sich selbst überlassen?

Kurz nach dem Jahreswechsel vertrat ich Fischer im Kabinett und musste die pessimistische Prognose überbringen: „Wir im AA befürchten, dass die Bundesregierung bald eine sehr schwierige Entscheidung treffen müssen.“ Die Stimmung war gedrückt. Niemand hier hatte die geringste Lust, seine Reformpläne durch eine Kriegsbeteiligung in den Hintergrund drängen und gefährden zu lassen. Verteidigungsminister Rudolf

Scharping teilte die Analyse des AA. Finanzminister Oskar Lafontaine, der sich später, nach seinem Austritt aus der SPD, so vehement als Kriegsgegner gebärdete, meldete sich nicht zu Wort.

Im Januar 1999 lud Fischer die Spitze des Auswärtigen Amtes zu einem Konklave auf den Petersberg bei Bonn. Dort sollten die Grundlinien der deutschen Außenpolitik in allen Sektoren festgelegt werden. Es herrschte eine freundliche, aufgeräumte Atmosphäre, keine Aversion der alt gedienten Diplomaten, der Genscheristen, gegen die jungen Grünen. Im Gegenteil, Aufbruchstimmung, raus aus dem Duckmäsertum der Kinkel-Ära. Neue Kreativität freisetzen. - Mitten in die Konferenz platzte die Nachricht: Die Serben haben in Racak ein Massaker an Kosovo-Albanern verübt. Die Amerikaner verlangen die sofortige Auslösung von ActOrd. Das Eingreifen der NATO steht kurz bevor. Warnstufe rot.

Sofortiger Themenwechsel. Was tun? Ich stand gerade auf der Redeliste: „Dies ist die letzte Gelegenheit und das Fanal, mit einer umfassenden internationalen Balkankonferenz die Konflikte beizulegen!“ Schon vor Jahren hatten die Grünen in einem Bundestagsantrag gefordert, alle Nachfolgestaaten des zerfallenen Jugoslawiens nach Europa, in die EU, einzuladen. Dem überschäumenden Nationalismus sollte durch die europäische Perspektive die Spitze gebrochen, den Ländern eine zivile Entwicklungsperspektive geboten werden. Politische Krisenprävention statt militärischer Reaktion. „Wir müssen uns für eine Balkankonferenz stark machen, um den Krieg vielleicht noch abzuwenden.“ Allgemeine Zustimmung. Niemand wollte einen Krieg.

Fischer ging sofort ans Werk. Das Konklave fand ohne ihn statt. Am Ende des zweiten Tages kam er erschöpft, aber sichtlich froh, zurück: „Die Konferenz steht! Die Amerikaner machen mit.“ Zwei Tage lang hatte er mit allen westlichen Außenministern telefoniert, um sie zu gewinnen. Von Vorteil war dabei die deutsche EU- und G7-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999.

Fischer hatte eine der großartigsten Leistungen seiner Laufbahn erbracht.

Die Amerikaner verlangten für ihre Zustimmung allerdings einen hohen Preis: sie unterstützten die Friedenskonferenz, falls diese aber scheitere, müsse Deutschland bei der dann unvermeidlichen Militäroperation mitmachen. Ohne dieses Junktim hätten die USA sofort losgeschlagen und die Nato-Partner mit ihnen - auch Deutschland, das durch den Bundestagsbeschluss auf Beteiligung festgelegt war. Die Konferenz sollte in Rambouillet stattfinden, Frankreich Gastgeber sein. Fischer hatte Recht, auch wenn es unser Vorschlag war: „Es ist günstiger, der „Grande Nation“ die öffentliche Rolle zu überlassen.“

Deutschland wurde wegen der Anerkennungspolitik Genschers gegenüber Kroatien und Slowenien von einigen westlichen Freunden, die anderer Meinung gewesen waren, misstrauisch beäugt. Auch die historischen Konstellationen aus den beiden Weltkriegen waren nicht aus dem Gedächtnis verschwunden. Für die Europäer sollte neben Frankreich und Großbritannien die vorhergehende EU-Präsidentschaft, Österreich, die zudem als Nachbarin viel vom Balkan verstand, verhandeln. Deutschland war als Beobachter und Ratgeber dabei.

Rambouillet scheiterte. Nach meiner Beobachtung einzig und allein an Belgrad. Den wilden Gesellen der UCK war der Vertrag, der ihnen die Entwaffnung abverlangte und die territoriale Integrität des Staatsverbandes Serbien-Montenegro einschließlich des Kosovos festschrieb, mit gehörigem Druck aufgenötigt worden. Die UCK stimmte einem Vertrag zu, der ihr Kriegsziel, die staatliche Unabhängigkeit, durchkreuzte. Milosevic jedoch war nicht bereit zu einer Einigung. Er hatte nicht einmal eine wirklich verhandlungsfähige Delegation geschickt. Fast panikartig mussten die unbewaffneten OSZE-Beobachter nun aus dem Lande abgezogen werden, bevor sie von serbischen Kräften als Geisel genommen werden konnten. Ihr Abzug zeigte deutlich: Die Friedensmission ist gescheitert, der Krieg unabwendbar.

Sofort entbrannten auf dem linken Flügel der Grünen Diskussionen: Die Amerikaner hätten die Konferenz torpediert, weil sie unbedingt einen Krieg wollten. Den Serben seien unzumutbare Bedingungen auferlegt worden. Wilde Verschwörungstheorien machten die Runde, die selbst in die deutsche Literatur Eingang fanden. Frank Schätzing kaut sie in seinem Roman „Lautlos“ durch.² Sie waren unterhaltsam und passten ins Weltbild. Präzise Analysen der Vorgänge existieren zwar auch, finden aber nicht einmal den Weg in alle Universitätsbibliotheken.³

Der „Annex B“, zum Ende der Verhandlungen aufgetischt, war nach dem Glauben der Kritikergemeinde ein unzumutbarer Oktroi für Belgrad, eine geplante Sollbruchstelle. Dieser Anhang zum Entwurf des Waffenstillstandabkommens, enthielt Bestimmungen zur Stationierung von Nato-Truppen auf jugoslawischem Gebiet. Eine gezielte Brückierung? Nach Aussage unserer Diplomaten bestand sein Sinn darin, nach einem Waffenstillstand die Stationierung von internationalen Friedenstruppen im Kosovo zu ermöglichen, dem erprobten Beispiel Bosnien-Herzegowinas folgend. Sie sollten über Belgrad verlegt werden. Es ging nicht um die Besetzung der rest-jugoslawischen Hauptstadt durch Nato-Truppen, wie wütend gemutmaßt wurde. Die Einreise über Belgrad – statt über Albanien oder Mazedonien – sollte im Gegenteil die Anerkennung bedeuten, dass Belgrad noch zuständige Hauptstadt auch für den Kosovo sei. Ein Zugeständnis an die jugoslawische Seite, ein Unterstreichen seiner territorialen Integrität! Alle Details hätten verhandelt werden können. Der vorgelegte Text war ein „Platzhalter“, so der Diplomatenjargon, für die endgültige Fassung.

Dass ein von Russland bei den Rambouillet-Nachverhandlungen in Paris eingebrachter Kompromiss, der den Serben eine Brücke bauen wollte, nicht zur Geltung kam, ist für viele Verschwörungstheoretiker der endgültige Beweis für ein falsches Spiel des Westens. In Wirklichkeit wurde dieser Vorschlag von der serbischen Seite ignoriert, die zudem ihre Zugeständnisse der ersten Verhandlungsrunde zurückzogen. Zwischen den Verhandlungsrunden hatten zahlreiche Missio-

nen in Belgrad ihr Glück versucht, auch Fischer, und waren alle abgeblitzt. Milosevic wollte keinen Frieden.

Vieles war in Rambouillet verhandelbar, vieles, was das „Wie“ betraf. Das „Dass“ war nicht verhandelbar. Dass Belgrad seine völkermörderische Politik im Kosovo beenden musste. Die amerikanische Außenministerin Madelaine Albright hatte unmissverständlich klargemacht, dass dies die Prämisse der Gespräche war. Und so agierte sie auch.

In der Tradition der Imperialismuskritik suchten viele Linke nach der bösen Absicht der USA. Auch Wortführer des konservativen Antiamerikanismus wie der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer stellten diese Frage. Welches Interesse trieb die Supermacht? Was hatte sie überhaupt in Europa zu suchen? Die Fundamentalkritiker mussten eine Teufelei wittern, weil sie das Ursprungsproblem nicht wahrzunehmen bereit waren. Wer den totalitären Anspruch Milosevics ignorierte und den Konfliktparteien auf dem Balkan gleichermaßen Schuld zusprach, konnte auch die Notwendigkeit eines Engreifens von außen nicht erkennen. Er hatte auch kein Gespür für das Versagen der Europäer. Aus diesem Blickwinkel musste die amerikanische Intervention als aggressiver Akt gedeutet werden.

Man kann sich in der Tat trefflich akademisch darüber streiten, ob das Engagement der USA „konstruktivistisch“ zu deuten sei, also als Konsequenz einer auf die Universalisierung humaner Normen gerichteten Außenpolitik. Oder aber „realistisch“ als Durchsetzung nationaler Interessen. Nach meiner Beobachtung war es beides. Als die Europäer es nicht schafften, in ihrer Region Massaker und drohenden Völkermord zu verhindern, traten die USA des Bill Clinton als ethisch argumentierende Garantiemacht des Humanismus auf und zeigten der EU zugleich, dass Europa auch nach dem Ende der atomaren Abschreckungspolitik zumindest sicherheits- und militärpolitisch ohne den Führungsanspruch des transatlantischen Partners nicht auskommen könnte.

Es war die Zeit, als jeder beschwor, ein zweites Srebrenica müsse verhindert werden, ein Völkermord wie in Ruanda dürfe nicht noch einmal geschehen. Es war eine Zeit, als zumindest Sicherheitsexperten befürchteten, wenn nicht der Westen das Leben der europäischen Muslime rettete, dann würden – wie bereits im Bosnienkrieg – die Unterstützer aus der islamischen Welt einfliegen und später für ihre Hilfe die Rechnung in Form von Machtansprüchen und Ideologietransfer präsentieren. Das ohnehin ramponierte Ansehen des Westens in der arabischen Welt würde weiter beschädigt. Man kann über die USA granteln, sich letztlich aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die amerikanische Stärke in der europäischen Schwäche lag. Zu letzterer trug auch eine Linke bei, die sich in die Problemverweigerung flüchtete.

Ich begann an meinen grünen Freunden zu zweifeln. Jahrelang war ich ein Wortführer der Parteilinken gewesen, gerade im Disput mit Fischer über die Balkanpolitik. Nun waren es viele meiner alten Freunde, deren Beiträge mich verstörten. Gegen den Krieg zu sein, war die eine Sache, aber welche ‚Argumente‘ an den Haaren herbeigezogen wurden, um der eigenen Position Gewicht zu verleihen! Hier bahnte sich ein schwerer innerlinker Konflikt an.

„Warum hast du das nicht verhindert“, fragte mich einer empört, der sich zum Wortführer der „Kriegsgegner“ aufschwang? Ich war erschüttert. Nicht weil sie gegen den Krieg waren. Wer war schon dafür? Sondern wegen ihres Realitätsverlustes. Zu glauben, ein Staatsminister könne gegen die Parlamentsmehrheit, gegen die eigene Regierung, gegen die Nato, gegen den Westen das Rad der Geschichte stoppen. Was hätte ich machen sollen? Zetern? Selbstverbrennung? Zur Blockade amerikanischer Kasernen aufrufen?!

Ich hatte, wie ein grüner Wahlkampfeslogan forderte, Farbe bekennen müssen. Eines Tages, während der Rambouillet-Verhandlungen, ersuchte der jugoslawische Botschafter um ein Gespräch in meinem Büro. Er hatte ein gezieltes Anliegen. „Ihr

Grünen seid doch Pazifisten“, legte er los. „Ihr wart doch immer gegen die amerikanische Machtpolitik. Warum lasst ihr euch jetzt vor deren Karren spannen? Warum lasst Ihr Pazifisten zu, dass ein illegaler Krieg geführt wird? Wenn ihr ‚nein‘ sagt, dann kann auch Schröder nicht.“

Mir war schlagartig klar, was der Appell des Botschafters bedeutete, was er bezweckte. Eine deutsche Weigerung hätte die Nato erheblich geschwächt, vielleicht handlungsunfähig gemacht. Milosevic hätte sich militärisch behaupten und seine Vertreibungspolitik erfolgreich umsetzen können. In Belgrad kalkulierte man anscheinend strategisch mit der pazifistischen Gesinnung der Grünen. Wir wurden als der ‚Schwachpunkt‘ in der westlichen Phalanx gesehen, als Angriffspunkt. Uns heraus zu brechen hieß, Deutschland heraus zu brechen und damit die Nato-Strategie zu torpedieren. Das war eine perverse Verdrehung unserer pazifistischen Motive. Eine verbrecherische Politik wollte diese funktionalisieren, um den Widerstand zu schwächen.

Doch hier wäre die Logik nicht zu Ende gewesen! Zu Ende gewesen wäre die rot-grüne Koalition. Die SPD hätte sich keine zweite Dolchstoßlegende einhandeln wollen. Wenn Rot-Grün die Lage nicht zu meistern in der Lage war, weil die Grünen der historischen Herausforderung nicht gewachsen waren, dann musste eben eine Grosse Koalition her.

Solch ein Spiel durfte ich nicht mitmachen. Ich fühlte mich zurückversetzt in die Gesinnungsprüfung für Kriegsdienstverweigerer, 30 Jahre zuvor. „Was tun Sie, wenn der Feind ihre Freunde abschlachten will und sie eine Waffe haben, um das zu verhindern?“ Die richtige Antwort damals lautete: „Ich weiß es nicht. Ich verweigere den Kriegsdienst, weil ich nie in eine solche Situation geraten möchte.“ Jetzt war diese Situation da, nicht für den Soldaten, sondern den Politiker. Ich hätte sie mir weg gewünscht, aber sie war Realität. Der grüne Pazifismus wurde von Verbrechern gegen sich selber gekehrt.

„Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg!“ So hatten die pazifistischen Bekenntnisse seit 5 Jahrzehnten gelautet. Pazifisten hatten wenig reflektiert, wie sehr sie historisch bedingt waren. Auschwitz und Krieg, beides hatte denselben Ursprung, die militaristische, nationalistische, rassistische Brutalität der Nazis. Antifaschismus hieß gleichzeitiges Eintreten gegen eine Militarisierung der Politik und gegen Völkermord. Der Frage, wie der D-Day zu bewerten sei, die Landung der Alliierten in der Normandie, um Europa militärisch vom Hitler-Faschismus zu befreien, wurde nicht ernsthaft reflektiert. Der pseudo-philosophische Spruch, es gebe keine ‚gerechten Kriege‘, tötete als Killerphrase Debatten ab, kaum dass sie aufkeimten. Dabei hatten die Philosophen, die diese Erkenntnis formulierten, klassische Angriffskriege vor Augen, die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, in der Staatenwelt nach dem Westfälischen Frieden von 1648 gang und gäbe.⁴ Aus der eigenen, individuellen Weigerung, zur Waffe zu greifen, wurde bei den postmodernen Pazifisten die politische Weigerung, zwischen ungerechtem Angriff und berechtigter Gegenwehr zu unterscheiden. Die völkerrechtliche Unterscheidung in das „Recht *zum* Krieg“ und das „Recht *im* Krieg“ wurde gänzlich übersehen. Die nötige Differenzierung wurde durch den Pauschalbegriff ‚Krieg‘ verhindert und zugleich moralisch verurteilt. So wurde die Erkenntnis vermieden, dass Angriffe, Vertreibung, Völkermord, Holocaust manchmal nur durch den Einsatz von Waffen zu beenden sind.

Hier im Kosovokonflikt standen wir vor genau dieser Frage: Wollten wir den drohenden Völkermord verhindern, mussten wir den Militäreinsatz zumindest tolerieren. Wollten wir den Wafeneinsatz verhindern, mussten wir den Völkermord hinnehmen. Unsere beiden Grundwerte gerieten in Widerspruch zueinander. Ein Konflikt, der die Partei zerriss. Und innerlich jeden Einzelnen!

Doch es kam auch zur diskursiven Übertreibung. Fischer setzte den drohenden Völkermord sofort mit Auschwitz gleich. Und provozierte damit ein Unbehagen, das den Wertekonflikt eher verdrängte. Hier wird ein Totschlagargument gebraucht, dach-

ten sich viele. Sie wagten keinen Widerspruch, um nicht in Verdacht zu geraten, aber sie glaubten auch nicht an die Analogie. Schlimmer noch, der Vergleich war kontraproduktiv: „So schlimm wie Auschwitz ist es im Kosovo längst nicht...“ Der Vergleich wurde zur Aufforderung, die intellektuelle Befassung mit dem Wertekonflikt schlicht einzustellen. „Sie bombardieren ihr verkorkstes Jahrhundert. Nirgendwo sonst ist die Intervention so oft mit Auschwitz begründet worden wie in Deutschland. Darum waren die Deutschen so einvernehmlich schweigsam, während in Belgrad die Bomben fielen...Sie hatten gewiss die besten Absichten, aber ich behaupte, dass sie in Wirklichkeit gar nicht Serbien bombardiert haben, sondern die Gestapo, die Waffen-SS und die Wehrmacht. Nachträglich, um endlich Absolution von der Erbsünde zu erhalten.“ So deutet ein Romanheld diese rhetorische Figur.⁵

Dabei hatten wir real gar keinen Entscheidungsspielraum. Die Würfel waren gefallen. Es galt die Zusage, wenn die Friedenskonferenz scheitert, wird ActOrd ausgelöst und Deutschland ist dabei. „Es wird nur wenige Tage dauern“, sagte mir Staatssekretär Wolfgang Ischinger, ein erfahrener Transatlantiker, durch und durch Zivilist, ausgebildet, Kriege zu verhindern, nicht zu führen, als die Luftangriffe begannen. „Die Nato ist übermächtig. Ostern ist alles vorbei.“ Das hatte beiläufig klingen, mir Hoffnung machen sollen, bald gelte wieder business as usual. Eine Woche später, Angriff um Angriff war geflogen worden, schwanden die Gewissheiten. Belgrad behauptete sich, es waren falsche Ziele getroffen worden, unschuldige Zivilisten zu Tode gekommen, wie immer in Kriegen. Die amerikanischen Erklärungen dazu waren zu nassforsch.

Die Frage, wohin die „Luftkampagne“, wie der Angriff verharmlosend genannte wurde, führen sollte, drängte sich immer vehementer auf. Zum schnellen Zusammenbruch Belgrads führte sie bestimmt nicht. Die Nato hatte Milosevic sträflich unterschätzt. Wenn der Sinn also nicht klar war, machten die Angriffe dann überhaupt Sinn? Am Gründonnerstagmorgen stellte ich in einem Radiointerview diese Frage. Als erster aus der Regie-

rungscrow forderte ich öffentlich eine klare und überprüfbare Zieldefinition. Das war schon hart am Rande für ein Regierungsmitglied. Denn die Frage nach dem Ausweg aus dieser Lage hieß zugleich, die Lage ist unbefriedigend! Und sie hieß: „So kann es nicht weitergehen.“ Diplomatisch formuliert, aber deutlich. Manche Zeitungen nahmen die Äußerung auf, aber es entfaltete sich keine öffentliche Diskussion. Auch die Grünen blieben fixiert auf Schröder und Fischer.

Die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung standen an. Auch Grüne würden mitmachen. Ich kannte die Planungen. Kritikziel der Demonstration war der „Nato-Luftkrieg gegen Serbien“. Darin steckte viel alte DKP-Rhetorik. DKP nahe Gruppen hatten immer schon die Ostermärsche zu dominieren versucht. Viele hatten offensichtlich das Kalte Krieg-Denken noch nicht überwunden. Dennoch: Im Prinzip war die Frage nach dem Ziel der Bombardierungen und ihrem Ende berechtigt.

Die Regierung musste darauf eine plausible Antwort finden. Noch vor den Ostermärschen. Sonst hätten sich die Demos gegen Rot-Grün gerichtet. Besonders gegen die Grünen. Die Partei, die aus der Friedensbewegung entstanden war, wäre zu deren Zielscheibe geworden. Ich ging zu Fischer. „Wir müssen diese Woche eine plausible Perspektive finden. Wo soll das alles hinführen? Wenn Belgrad nicht in die Knie geht, wie kommt der Westen raus aus dem Dilemma, ohne dass Milosevic sich als Sieger fühlen kann? Wir brauchen eine exit option, einen Friedensplan.“ Fischer ging an seinen Schreibtisch und zog ein Papier heraus. „Hier habe ich einige Stichworte.“ Wir gingen sie kurz durch, waren uns einig, diese Ideen mussten auf den Weg gebracht werden. Das war die Geburtsstunde des Friedensplanes, der erst Fischer-Plan hieß und dann UNO-Plan. Der einzige realistische Ausweg, der – wie die Entwicklung zeigen sollte - letztlich auch Erfolg hatte.

Fischer machte sich ans Werk. Ich selber deutete noch in den Ostertagen in Interviews diese Wendung an, um dem öffentlichen Protest ein positives Ziel anzubieten. Der Bundeskanzler

unterstützte diese Linie, das Kabinett stimmte zu. Fischer brachte die EU hinter sich. Er holte die Russen ins Boot. Er gewann die Amerikaner. Zum guten Ende adaptierte Kofi Annan den Plan für die UNO.

Mitentscheidend war die Reintegration Russlands, das sich brüskiert zurückgezogen hatte, nachdem die USA ohne Anrufung des UN-Sicherheitsrates den Luftschlag gegen den Despoten in Belgrad angekündigt hatten. Dabei hatten die USA Russland einen noch größeren Gesichtsverlust ersparen wollen: Entweder hätte Russland einem Militäreinsatz zugestimmt, dann hätte es seinen Vasallen Milosevic aufgeben müssen. Das russische und das serbische Volk fühlten sich befreundet. Damit war keineswegs zu rechnen. Außerdem befürchtete Moskau Parallelen zu Tschetschenien. Und China zu Tibet. Es war also nicht das universelle Interesse, das die Vetomächte bewegte, sondern ein nationales. Hätten beide gegen die Intervention gestimmt, dann wäre die Nato ohne Ermächtigung losmarschiert. Die Russen wären ebenso düpiert gewesen wie die UNO als Ganze.

Diese Strategie verstieß gegen das Völkerrecht, so wie es geschrieben stand. Doch wie wird Völkerrecht geschaffen? Es gibt keinen zentralen Gesetzgeber. Das meiste ist Vertragsrecht. Eine weitere Quelle der Rechtsschöpfung ist das Gewohnheitsrecht. Wenn eine Maßnahme im internationalen Raum wiederholt vollzogen wird, ohne dass andere Staaten widersprechen, gilt diese als gebilligt. Deutschland machte beim Kosovo-Krieg mit, erklärte aber, dies sei eine Ausnahme. Das war mehr als Rhetorik. Es hieß nicht mehr und nicht weniger, als dass daraus kein Gewohnheitsrecht und keine völkerrechtliche Legalität entstehen können. Ob der jetzige Krieg völkerrechtlich legal war, wurde im Ungefähren gelassen.

Denn das ‚Völkerrecht‘ war eigentlich kein Recht der und für Völker, sondern Staatenrecht, regelte deren Beziehungen untereinander. Aber es schützte nicht die Völker gegen Übergriffe des eigenen Staates, der nach innen hin das Gewaltmonopol

besaß. Es galt die Formel von der ‚Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten‘. Selbst die Völkermordkonvention der UNO erlaubte keine Selbstermächtigung zur humanitären Intervention. Formal war die Nato-Aktion der Angriff eines Staatenbündnisses gegen den Bundesstaat Jugoslawien und damit völkerrechtswidrig. Aber Belgrad war offensichtlich dabei, einen Teil seines Staatsvolkes zu ermorden und zu vertreiben! Es drohte ein Völkermord. UN-Resolutionen zum Krieg in Bosnien-Herzegowina hatten bereits die Lebensrechte ethnischer Minderheiten gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol betont, ohne daraus jedoch eine neue völkerrechtliche Systematik abzuleiten. Die Frage war aufgeworfen, aber noch nicht endgültig neu beantwortet.

Wie sollte die internationale Gemeinschaft mit einem Fall umgehen, der im Völkerrecht unzureichend geregelt ist? Wir hatten die hilflosen Auftritte von UNO-Blauhelmen in Bosnien-Herzegowina erlebt, den achttausendfachen Massenmord von Srebrenica. Sollte die Politik nun, bei drohender Wiederholung, dem geschriebenen Recht folgen oder ihrer Ethik, die in die Rechtsetzung noch keinen Eingang gefunden hatte? Welches Prinzip gilt hier, das der Legalität oder das der Legitimität? Offensichtlich fielen beide hier auseinander. Der Versuch, von Kriegsgegnern, die Nato-Aktion im UN-Sicherheitsrat verurteilen zu lassen, schlug fehl. Ein Zeichen dafür, dass die UNO den Widerspruch im Völkerrecht selbst sah. Auch das Bundesverfassungsgericht wies später eine Klage gegen die Bundesregierung wegen Führen eines Angriffskrieges zurück. Ob damit der Rechtsfehler der Nato im juristischen Sinne geheilt war? Diese Debatte ist nur noch akademischer Natur. Denn später betonte die UNO wiederholt die „Verantwortung zu schützen“, ohne allerdings die VN-Charta selbst zu ändern. Heute hat die Frage der völkerrechtlichen Legalität der Nato-Aktion nur noch Identität stiftenden Charakter für linkssektiererische und nationalistische Gruppierungen. Leider aber wurde die überfällige Debatte über die „Responsibility to Protect“ abgewürgt, als die USA des George W. Bush sie zum Vorwand für ihren Angriff auf den Irak nahmen.

Es war hohe diplomatische Kunst, Russland nach seiner Brückierung wieder einzubinden. Nach langwierigen Verhandlungen signalisierte auch China Zustimmung zum Friedensplan. Die USA hatten die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert, versehentlich. Eines der Desaster im Verlauf des Krieges. Es mangelte an Aufklärung und präziser Information. Wir Deutschen hatten übrigens nie Kenntnis von der Zielplanung der Luftangriffe. Unsere Luftwaffe flog Begleitschutz, aber die Amerikaner ließen sich nicht in die Karten schauen. Hier spiegelte sich erneut das deutsche Sicherheitsdilemma. Wir sind angewiesen auf den Beistand durch den transatlantischen Partner, haben aber keinen Einfluss auf den Kern seiner Strategie. Wenn später viel über eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität diskutiert wurde, so hatte dies seinen Grund auch in den Erfahrungen dieser Tage.

Der UNO Friedensplan sah einen parallelen Prozess vor: Es sollte darauf hin gearbeitet werden, die Vertreibungen im Kosovo und die Bombardierungen zeitgleich zu beenden. Aber die Dinge kamen nur zäh in Fluss. Nervenzermürbende Wochen folgten. Unter dem Druck der Bombardierungen zog sich Milosevic nicht zurück, er forcierte die Vertreibungspolitik im Kosovo. Bei oberflächlicher Sicht hätte man meinen können, die Luftangriffe seien die Ursache und die Flucht die Folge. Das war Unsinn, aber jeder Unsinn fand in diesen Tagen seine Verfechter.

Die Analysen in unseren Ministerien zeichneten ein düsteres Bild von Milosevics Absichten. Es sah alles danach aus, als wolle er die muslimisch-albanische Bevölkerungsmehrheit aus dem Kosovo treiben. Eine Mehrheit! Anfangs war das schwer zu glauben. In Bosnien-Herzegowina waren im Zuge ‚ethnischer Säuberungen‘ Minderheiten vertrieben worden, legitimiert stets mit dem Mehrheitsinteresse. Selbst die UNO-Friedenspläne für dieses Gebiet fußten auf umstrittener ethnischer Entflechtung. Auch das Dayton-Agreement, das den Krieg dort beendete, den Kosovo-Komplex aber ausgespart hatte. Hier im Kosovo – das

war nun eine neue Dimension. Gestützt auf den Amselfeldmythos wollte Belgrad das Gebiet für Serben akquirieren, die albanische Mehrheit musste weg. Tausende und Abertausende wurden in einem steten Strom vertrieben, strandeten in hoffnungslos überfüllten Flüchtlingslagern von Mazedonien.

Zeichnete man die serbischen Übergriffe auf einer Karte ein, so ergab sich eine systematische Umfangsbewegung der albanischen Siedlungsgebiete. Irgendwo tauchte der Name „Plan Hufeisen“ auf. Vielleicht hatte ein Analytiker ihn auf eine Karte geschrieben, Rudolf Scharping, in der Kommunikation wenig geschickt, schrieb den Begriff Milosevic zu. Sofort wütende Proteste von Kriegsgegnern, wohl bestens aus Belgrad informiert. „Einen solchen Plan gibt es nicht! Alles nur Propaganda der rot-grünen Kriegshetzer.“ Mit dem falschen Titel wurde auch der richtige Inhalt abgestritten.

Im AA wurden noch viel schlimmere Entwicklungen befürchtet, worst-case-Szenarien durchgespielt. Wenn die Albaner alle aus dem Kosovo vertrieben würden, wie käme die „frühere jugoslawische Republik Mazedonien“, nun unabhängiger Staat, mit den Flüchtlingsströmen zu Recht? Dort lebt neben den ethnischen Mazedoniern eine starke Minderheit von ethnischen Albanern, auf die auch die UCK zurückgegriffen hatte. Wird eine Verschiebung in den ethnischen Mehrheitsverhältnissen nicht auch dieses Land destabilisieren, das bisher vom Krieg verschont blieb? Entstehen bei den albanischen Volksgruppen in der Region Ambitionen auf ein Großalbanien? Wenn Mazedonien sich destabilisiert, wird der Konflikt dann überschwappen in die angrenzende griechische Provinz Makedonien und damit direkt Nato-Gebiet berühren? Immerhin zirkulierten in der F.R.Y. Mazedonien Landkarten, die das griechische Makedonien einschlossen. Falls Griechenland an seiner Nordgrenze Probleme bekommt, könnten dann einige Strategen in der Türkei meinen, die Gunst der Stunde etc. etc....

Befürchtet wurde die Destabilisierung von ganz Süd-Ost-Europa mit direkter Betroffenheit der Nato. Waren solche Ent-

wicklungen nur theoretisch denkbar, aber immerhin so gewichtig, dass sich Sicherheitspolitik darauf einstellen musste? Oder waren sie gar Absicht von Milosevic? Wollte er die Nato hineinziehen und auf der anderen Seite das russische Brudervolk um Hilfe ersuchen? Wollte Milosevic knapp zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges einen heißen Ost-West-Konflikt provozieren, um als Kriegsherr von Moskaus Gnaden an der Macht bleiben zu können? Würden Strategen in Moskau darauf spekulieren, über Belgrad einen Marinehafen am Mittelmeer zu bekommen? Es taten sich Abgründe auf...

Bei den Grünen wurde es immer unruhiger. Unter dem Eindruck von Tod und Zerstörung, von bagatellisierten Kollateralschäden, befeuert durch einen bizarren Auftritt des PDS-Granden Gregor Gysi in Belgrad, wurden die Rufe nach einem sofortigen Ende der Bombardierungen immer lauter. Schluss, Schluss, Schluss! Das war die Stimmung in der Partei. Kaum einer reflektierte, was dies in der Praxis hieß. Wer war der Adressat der Forderung? Sollte Deutschland seine Beteiligung beenden? Hätte dann der Krieg wirklich aufgehört? Wäre er nach einer Schwächung der Nato vielleicht schlimmer geworden, aber wir hätten ein besseres Gewissen gehabt? Hätten wir den Völkermord hinnehmen sollen? Sollte Milosevic als Sieger dastehen? Die Partei war nicht mehr zu halten. Ein Sonderparteitag musste entscheiden.

Bielefeld. Stadthalle. Von Demonstranten belagert, von der Polizei geschützt. Pfeifkonzerte und Rempeleien gegen grüne Mandatsträger. Einige bekannte Gesichter aus dem pazifistischen Spektrum, alte Freunde. Aber viele Unbekannte, Autonome, Schläger, serbische Provokateure? Joschka Fischer wurde ein Farbbeutel ins Gesicht geschleudert - das Bild des Parteitags nach außen. Im hinteren Saalabschnitt hatte sich Jutta Ditfurth mit ihren letzten Getreuen postiert. Vor fast zehn Jahren war die Anführerin der Fundis unter Absingen schmutziger Lieder ausgetreten, weil ihr zunehmend irrationaler Kurs sie isoliert hatte. Das gemäßigte „linke Forum“ das ich mit ins Leben gerufen hatte, hatte sich auf dem linken Flügel durchge-

setzt. Durch Kompromissbildungen mit den anderen Strömungen der Partei hatte es eine über Jahre stabile Mitte-Links-Mehrheit behaupten können. Neben Fischer war ich deshalb Ditfurths Erzfeind geworden. Als Repräsentant dieser Parteilmehrheit war ich Parteivorsitzender und später Staatsminister geworden. Der Großteil der gemäßigten Linken - Angelika Beer, Jürgen Trittin, Winnie Nachtwei - teilte meine Einschätzung auch in der Kosovo-Frage.

Was mich besonders ärgerte, war der schwankende Kurs mancher Menschenrechtler. Seit Jahren forderten sie vehement, man müsse „etwas tun“ angesichts der serbischen Kriegspolitik. „Tun“, das war militärisch gemeint. Ich habe sie noch im Ohr - Christa Nickels, Claudia Roth...Jetzt gehörten einige von ihnen zu den ersten, die „aufhören, aufhören“ schrieen. Wie der drohende Völkermord anders gestoppt werden könne nach dem Scheitern von Rambouillet – die Frage fand keine Antwort. Aber die regierungskritische Antikriegspose kam in der völlig verunsicherten Partei gut an. So mancher hatte wohl bereits die nächste Aufstellung der Landeslisten im Blick. Menschenrechtler brachten es fertig, uns in ein und demselben Satz zu beschwören, Milosevic in den Arm zu fallen und den Krieg zu stoppen.

Als ob wir nicht immer gewusst hätten, dass Kriege Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern! Dieses Wissen bildete eines der Grundmotive des Pazifismus. Hatten die neuen Kriegsgegner etwa den amerikanischen Märchen vom chirurgischen Schnitt geglaubt, präzise, blutarm, effektiv? Wer also Waffengewalt gefordert hatte, durfte sich jetzt nicht vor den Konsequenzen davonstehlen und auf die andere Seite flüchten.

Die andere Seite, das war der Teil der Linken, der nun das sofortige Ende des Krieges forderte. Mit welcher Konsequenz auch immer. Er entdeckte plötzlich das Völkerrecht. Argumentierte mit Zitaten und Artikelnummern. Lange Zeit hatte er es ignoriert oder als amerikanisches Herrschaftsinstrument entlarvt. Jetzt plötzlich klammerte er sich an das geschriebene Wort, legte es, ohne Rücksicht auf seine politische Entste-

hungsgeschichte, im Sinne der eigenen Ideologie möglichst eng aus. Vom „Linksanwalt“, mit einem ironischen Verhältnis zum Recht, zum Rechtspositivisten – eine eigenartige Karriere.

Bielefeld. Die Redeschlacht begann. Fischer eröffnete mit einer ehrlichen und schonungslosen Rede, ohne Effekthascherei. Der Beifall war nicht beeindruckend. Die Stimmung im Saal war gespalten. Die Debatte verlief auf des Messers Schneide. Es wogte hin und her. Auftritt Bärbel Höhn, Landesministerin aus Nordrhein-Westfalen. Dort linke Spitzenkraft. Sie zog alle Register. Gegen die deutsche Beteiligung, gegen die Militäraktion überhaupt, gegen die USA, gegen das falsche Feindbild Serbien, gegen die da oben in Bonn. Frenetischer Jubel im Saal, grüne Gründungsmythen feierten Auferstehung, eine Erweckungsmesse für den Widerspruchsgeist. Zu diesem Zeitpunkt war die Koalition erledigt.

Ich nahm Höhn die Empörung nicht ab. Sie hatte bei internen Diskussionen für Neutralität plädiert gegenüber Serben und Kosovaren. Äquidistanz. „Es sind immer beide Seiten Schuld.“ Das war eine reine Killerphrase, die jedes wirkliche Nachdenken und jede Tiefenanalyse verhindern wollte, kam deshalb bei vielen Linken gut an. In Wirklichkeit goss die UCK zwar immer wieder Öl ins Feuer, aber die Verbrechen lagen, strategisch betrachtet, eindeutig auf der Seite Belgrads. Das stellte später auch der forensische Bericht der OSZE zum Massaker von Racak fest, dessen Hergang von Linken bestritten worden war.

Zudem brauchte Höhn dringend einen ‚linken‘ Auftritt. In der rot-grünen Koalition in Düsseldorf hatte sie viele Kompromisse machen müssen, besonders beim grünen Identitätsthema des Braunkohleabbaus. Nur mühsam konnte in der Partei ein Bruch der Koalition und Höhns Ende als Umweltministerin verhindert werden. Sie brauchte offensichtlich einen Auftritt als linke Galionsfigur, koste es, was es wolle, um sich in NRW zu stabilisieren. Es war ungeheuerlich. Krieg und Frieden auf dem Balkan – diese Frage wurde nun der landespolitischen Taktik unterworfen. Die Ränkespiele der niedrigeren Ebene sollten die Bundes-

ja, die Weltpolitik bestimmen. Föderalismus life. In diesen Stunden vollzog sich mein Bruch mit ‚meiner‘ Parteilinken.

Ein Pazifismus, der sich auf Realitätsverweigerung gründete, auf einer zumindest fahrlässigen Analyse, der nur den eigenen Kopf gegen neue Einsichten verteidigte, war meine Sache nicht. Pazifismus, so meine Meinung, muss sich angesichts schwierigster Herausforderungen beweisen! Kann er dies, taugt er etwas, kann er es nicht, muss man ihn revidieren. Hier nun stand er vor seiner schwierigsten Herausforderung! Sie mit rhetorischen Figuren zu umgehen, um die eigene innerparteiliche Position zu behaupten, das traf nicht das geforderte Niveau. Wäre nach Höhns Rede abgestimmt worden, die Regierung wäre beendet gewesen!

„Wenn die Partei Joschkas Kurs nicht stützt, tritt er als Minister zurück.“ Als Fischer diese Drohung hinter den Kulissen streuen ließ, glaubte ich nicht an Bluff. Er hätte keine Basis mehr für ein Weiterregieren gehabt. Auch als parteiloser Minister von Schröders Gnaden weiterzumachen, eine Variante, die Fischer in seinen Memoiren andeutet, wäre nicht tragfähig gewesen; rotgrün hätte die Parlamentsmehrheit verloren. Mancher Linke glaubte im Vorfeld noch, dass ich als Außenminister einspringen könnte. Irrtum. Auf welcher Basis? Auf der linker Illusionen und Verdrängungen? Zudem hatte Joschka einen exzellenten Job gemacht. In der Vergangenheit hatten wir so manchen Streit ausgefochten über Fragen der Außenpolitik und die generelle Linie der Oppositionsarbeit. Aber wir waren nie verfeindet, hatten eher ein Nicht-Verhältnis. In diesem Moment stand ich hinter ihm. Weil ich wusste, unser Friedensplan ist die einzige realistische Option, aus dem Schlamassel heraus zu kommen.

Es gab auch andere Optionen zum Fortgang der Dinge. Nato-Strategen dachten über den Einsatz von Landtruppen nach, über eine Invasion, um den Sieg zu erzwingen. Hätte sich die Position der Radikalpazifisten – „sofort Schluss mit der deutschen Beteiligung“ - in Bielefeld durchgesetzt, sie hätte das Ende von Rot-Grün bedeutet. Ein Ende von Rot-Grün, nicht das

Ende des Krieges. Ein Ende unseres Friedensplanes, des einzig realistischen, der zur Umsetzung aber noch einige quälende Wochen brauchte. Zum Zuge gekommen wäre dann wohl die andere Option. Große Koalition und Landkrieg. Mit ungewissem Ende. Die „Sofortisten“ hätten das genaue Gegenteil dessen erreicht, was sie rhetorisch anstrebten. Und die Grünen wären historisch erledigt gewesen.

Dagegen stand in Bielefeld ein Antrag des Bundesvorstandes, formuliert von Claudia Roth und Christian Sterzing, mitgetragen von den meisten namhaften Sicherheitspolitikern. Auch er setzte sich sehr kritisch mit Begründung und Verlauf des Krieges auseinander, nahm die Seelenlage der Partei auf, aber er stärkte der Regierung den Rücken für den Friedensplan.

Nach der hitzigen, von spontanen Stimmungen beherrschten Debatte sollte ein Rededuell den Abschluss markieren, bevor abgestimmt wurde. Hans-Christian Ströbele für die Sofort-Schluss-Position, ich für die Vorstandsposition. Ströbele war seltsam zurückhaltend, als spüre er, wenn er die Mehrheit bekäme, hätten die Linken zwar gewonnen, aber ansonsten wäre alles vorbei, Ende der grünen Geschichte als ernstzunehmende Bundespartei. Die latente Stimmung im Saal, so war zu spüren, war auf Ströbeles Seite. Ich ging in meiner Erwiderung aufs Ganze, griff Bärbel Höhn frontal heftig an. Dass ich damit meine eigene Basis in NRW verprellte, war in dem Moment unwichtig. Dann rezitierte ich eine Doku aus der Frankfurter Rundschau: serbische Ideologen hatten ein rassistisches Pamphlet gegen die Albaner verfasst. Meine Rede endete mit der maximalen Zuspitzung: Gegen den Krieg, für den Friedensplan und deshalb für die Regierung! Abstimmung: gewonnen, deutliche Mehrheit für die Vorstandslinie. Fischer blieb im Amt. Die Regierung war gerettet. Der Friedensplan wurde weiter verfolgt.

Die Presse meldete den angeblichen Sieg der Kriegsbefürworter über die Kriegsgegner. Das war zwar falsch, aber es entsprach in unterhaltsamer Weise der psychiatrisch beschreibbaren ‚bipolaren Störung‘ der Medien. Zur Abstimmung gestanden

hatten in Wirklichkeit zwei Friedenspläne: der realistische hatte den illusionären geschlagen. Doch die Sprache setzte sich fest: wer Fischer unterstützt hatte, galt nun als Befürworter des Krieges, „war für den Kosovo-Krieg.“ Selbst wenn man - wie ich - bei der konstituierenden Bundestagsentscheidung über ActOrd die Gegenrede gehalten hatte. Die Ablehnung des rhetorischen „Sofortismus“ war für die Interpreten Ausschlag gebend. In Wirklichkeit wäre die Konsequenz der Sofortisten der Landkrieg gewesen, während die angebliche Kriegsbefürwortung zum Frieden führte. Das war die Paradoxie von Bielefeld.

Leider bis heute kaum begriffen. So verlor ich meinen innerparteilichen Rückhalt in Nordrhein-Westfalen. Alte Freunde schimpften: „Das kostet Dich das Mandat.“ Auch wenn andere trösteten: „Du hattest keine andere Wahl.“ Die Mitte-Links-Mehrheit, für die ich stand, war schon ins Wanken geraten, als mein Nachfolger im Bundesvorstand, Jürgen Trittin, ab 1994 die Linke wieder stärker konturierte. Die verstärkte Polarisierung trieb so manchen aus der Parteimitte auf die Seite der Realos und manövrierte die Linken in eine strukturelle Minderheit. Für die ich, ehrlich gesagt, auch gar nicht mehr stehen wollte. Die Hälfte der Linken lehnt mich nun ab. Auch in meiner Heimatregion Ruhrgebiet. Dort wollte man ohnehin lieber jemanden, der sich um Sozialpolitik kümmerte. Einen Außenpolitiker aus dem Ruhrpott – seit wann gibt es denn so was! Bärbel Höhn tat alles, um meine Position zu Hause zu untergraben. Bei der Listenaufstellung zum Bundestag 2002 stellte sie mir, dem amtierenden Staatsminister, einen weitgehend unbekanntem Ökolandwirt entgegen, um mich zum Stolpern zu bringen und ihre eigene Basis bei der westfälischen Bauernschaft zu verbessern. Doch ich konnte mich – wenn auch arg gerupft - durchsetzen, gestützt von Michael Vesper und anderen führenden Realos. Doch auf dieser Basis als Staatsminister weiter zu machen – dazu fehlte mir der Masochismus.

Genervt hat mich allerdings auch die Haltung mancher Regierungs-Linken, die hinter dem obsiegenden Antrag von Bielefeld standen wie Claudia Roth, Jürgen Trittin...In der Vergangenheit

hatten sie oft darauf bestanden, meine Papiere zur Balkanpolitik mit unterzeichnen zu dürfen, obwohl sie selbst wenig zur Positionsbildung beigetragen hatten. Aber sie wollten sichtbare Gestalten der linken Außenpolitik sein, jedenfalls nicht mir allein das Feld überlassen. Nach Bielefeld ließen sie mich hängen. Sie wussten, dass mein Auftritt die Zukunft der Partei gesichert hatte und ihre eigene Perspektive, aber die Kritik der Radikalpazifisten durfte ich allein abwettern, während sie sich hinter meinem Rück verschanzten, so taten, als ginge die Kosovo-Entscheidung sie nichts an und sich in den linken Kreisen weiterhin selbstverständlich ihre Streicheleinheiten abholten.

Fischer arbeitete unermüdlich an der Umsetzung des Friedensplanes. Dessen Gleichung ging auf. Nach quälenden Wochen das ersehnte Ergebnis: Ende der Vertreibung und Ende der Bombardierungen. Sturz des Milosevic-Regimes, Neubeginn in und mit Belgrad, Entwicklungspläne für den Kosovo. - Aber nicht alles verlief positiv. Der Konflikt war nicht wirklich gelöst, er war unter die militärische Eskalationsschwelle gedrückt. Mehr hatte der Militäreinsatz auch nicht bezweckt. Und angesichts der völkermörderischen Zuspitzung war viel erreicht worden. Viel, aber nicht genug. Den Abzug der serbischen Truppen nahmen nun bis vor kurzem unterdrückte Albaner zum Anlass, die serbische Minderheit im Kosovo zu drangsalieren, sie zu vertreiben, ihre orthodoxen Kirchen nieder zu brennen.

Offen blieb der finale Status des Kosovo. Blicke das Gebiet Teil Rest-Jugoslawiens, eine serbische Provinz? Oder würde es ein selbständiger Staat? Konnte man den Kosovo-Albanern ein Leben mit dem Volk ihrer Peiniger noch zumuten? Oder hatte letztlich die UCK-Strategie, die Nato für ihre Unabhängigkeitskämpfe zu funktionalisieren, Erfolg? Wie auch immer, der Westen hatte militärisch interveniert, als sich ein Völkermord abzeichnete. Er sah nach Rambouillet keine Alternative mehr. Die Opfer, aus ihrer Lage befreit, nutzten die historische Stunde, um weit über die reine Selbstbehauptung hinaus gehende staatspolitische Ziele zu verfolgen, die im Westen ursprünglich wenig Rückhalt besaßen. Die Provokationen der UCK hätten

keinen Erfolg gehabt ohne die serbisch-nationalistische Hybris Milosevics. Obwohl Milosevic seinem Richter durch den Tod entging, zweifelt heute kein vernünftiger Mensch mehr, dass er und seine Frau Ausgangspunkt der Gräueltaten auf dem Balkan waren. Letztlich hat er auch den Kosovo verspielt.

Das spricht nicht alle anderen frei von Schuld. Verurteilte Kriegsverbrecher gibt es auf allen Seiten, auch wenn die serbischen Haupttäter noch nicht gefasst sind. Befriedet ist die Region längst nicht. Aber heute wird verhandelt statt gemordet, auch wenn die einen noch nach hinten auf nationale Mythen schauen und andere nach vorn Richtung Europa.

Das Elend auf dem Balkan eskalierte, als für die Integrationsprobleme Jugoslawiens nationalstaatliche Lösungsmuster sich durchsetzten, auf immer kleineren Ebenen. Es begann beim serbischen Größenwahn nach Beherrschung der anderen, als diese ihr Heil im Wettlauf nach Europa suchten und Serbien mit dem Dritt-Welt-Land Kosovo als Klotz am Bein abzuhängen drohten. Es ging weiter mit der von Deutschland durchgesetzten Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Dann verlangten auch Mazedonien und Bosnien-Herzegowina die Eigenstaatlichkeit, gefolgt von Minderheiten, von Minderheiten in den Minderheiten... In immer kleineren Entitäten. Montenegro, der Kosovo. Ist die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nun die Lösung? Wird sie nicht manchen in der Republika Srbska zu secessionistischen Ambitionen verleiten. Wird das interne Bündnis von Kroaten und Bosniaken dann halten? Mancher Kroatie denkt über den Anschluss seiner Volksgruppe an Kroatien nach. Die serbische Minderheit im Nord-Kosovo könnte den Anschluss an Serbien suchen. Und die neuen Machthaber im Kosovo: wollen sie wirklich die Transformation von der mafiotischen Drogenökonomie zur rechtsstaatlichen Marktwirtschaft nach EU-Muster? Stabil ist die Lage noch lange nicht.

Die Europäischen Staaten projizierten, während sie einerseits um eine Vertiefung der Integration rangen, andererseits eigene nationale Interessen auf den Balkan und förderten so den Se-

zessionsprozess. Dabei sind sich Völkerrechtler einig: Selbstbestimmungsrecht der Völker heißt nicht Staatenbildungsrecht. Würde jede Ethnie, jeder Stamm seinen eigenen Staat haben wollen, die Erde wäre ein unbewohnbarer Ort.

Wenn heute die Integration in die EU als Perspektive geboten wird, dann verbirgt sich dahinter auch die selbstkritische Einsicht, dass das nationalstaatliche Lösungsmuster mehr Probleme schafft, als es beseitigt. Verlangt ist zumindest regionale Integration. Dazu trug der Stabilitätspakt für den Balkan bei. Er war teuer. Teurer sogar als es der Erlass der Auslandsschulden Jugoslawiens Ende der 80er Jahre gewesen wäre. Damals, als durch das Ende des Ost-West-Konfliktes ein besonderes Bemühen um dessen Neutralität überflüssig schien, ließ Europa dieses Land fallen, das sich seine militärische Selbständigkeit eine Menge hatte kosten lassen. Heute kommt die klare Ansage der EU. Sie gilt auch für das serbische Volk, wenn es bereit ist, die Distanzierung von den Verbrechen Milosevics durch die Auslieferung der anderen Haupttäter an das Kriegsverbrechertribunal zu demonstrieren. Wenn auch zehn Jahre zu spät, entsprechen diese Angebote dem, was die Grünen einst gefordert hatten, nicht nach, sondern statt der Militärinterventionen: die Einladung nach Europa!

¹ Schröder, Gerhard (2005), Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg (Hoffmann und Campe), S.110

² Schätzing, Frank (2006) , Lautlos. Roman, (Goldmann-Verlag), S.675 ff

³ Z.B. Joetze, Günter (2001), Der letzte Krieg in Europa? Der Kosovo und die deutsche Politik, Stuttgart-München (dva). Joetze hat u.a. anhand der ihm offen gelegten offiziellen Dokumente und Protokolle recherchiert

⁴ Kant, Immanuel (1795), Zum ewigen Frieden

⁵ Schätzing, S. 344